



Presseschau vom 09.07.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.*) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Duda nennt Wolhynien-Massaker „ethnische Säuberung“.

Der polnische Präsident Andrzej Duda hat bei seinem Besuch in der Ukraine das Wolhynien-Massaker als „ethnische Säuberung“ und nicht als Teil des Krieges zwischen Polen und Ukrainern bezeichnet. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko, der heute seinerseits zu Besuch in Polen ist, wandte sich an Warschau mit einer Bitte.

Anlässlich des 75. Gedenktags der Tragödie reiste Duda am Sonntag nach Wolhynien.

„Das ist ein trauriges Datum für polnische Familien. Das war kein Krieg – das war eine ethnische Säuberung, um die Polen in den Gebieten zu beseitigen, auf denen sie gelebt hatten. Hunderttausend (Menschen – Anm. d. Red.) wurden hier zu Tode gequält“, wird der polnische Präsident von der ukrainischen Agentur Unian zitiert.

In dieser Zeit seien „lediglich 5.000 Ukrainer“ ums Leben gekommen, betonte der polnische Staatschef weiter. Duda rief die ukrainischen Behörden und das polnische Institut für Nationales Gedenken dazu auf, den Familienangehörigen der getöteten Polen zu ermöglichen, deren Gräber zu besuchen.

Polnische Historiker bewerten das Wolhynien-Massaker im Jahr 1943 als Genozid und ethnische Säuberung und sprechen von 100.000 bis zu 130.000 Toten. Ukrainische Wissenschaftler sehen die Ereignisse als Folge der Auseinandersetzung zwischen der polnischen Freiwilligenarmee Armia Krajowa (dt. Polnische Heimatarmee) und der nationalistischen Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA), an der auch die Zivilbevölkerung der Region teilgenommen habe. Die ukrainische Seite schätzt ihre Verluste auf 10.000 bis 20.000 Menschen ein.

Poroschenko äußerte bei der Einweihung eines Monuments zum Gedenken an ermordete Ukrainer im polnischen Dorf Sahryn seinerseits die Hoffnung, dass Warschau seine Position gegenüber den Ukrainern überdenkt.

„Wir sind gegen einseitige politische Bewertungen der gemeinsamen historischen Vergangenheit, weil sie den Prozess unserer historischen Versöhnung nicht begünstigen. Wir unterstützen Initiativen zur Revision der bekannten Änderungen im polnischen Gesetz über das Institut für Nationales Gedenken und hoffen, dass auch der Artikel überarbeitet wird, in dem es sich um die Bewertung der Ukrainer handelt“, so der ukrainische Staatschef. Der polnische Senat (Parlamentsoberhaus) hatte Anfang Februar 2018 ein Gesetz über das Institut für Nationales Gedenken verabschiedet. Es sieht unter anderem eine strafrechtliche Verfolgung für die Leugnung der Beteiligung ukrainischer Nationalisten, die mit dem Dritten Reich zusammenarbeiteten, an den Verbrechen gegen Polen im Zeitraum von 1925 bis 1950 vor. Beschuldigten droht eine Geld- bzw. Haftstrafe von bis zu drei Jahren.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31191/26/311912684.jpg>

de.sputniknews.com: „Räuberische Forderungen“: Pjöngjang kritisiert Washington. Nach dem Besuch des US-Außenministers Mike Pompeo in Nordkorea beklagt Pjöngjang einen mangelnden Durchbruch bei der Denuklearisierung, berichtet der US-Sender CBS News.

In einer Erklärung, die von CBS News zitiert wurde, stellt Nordkoreas Außenministerium fest, dass die USA „nur einseitige und räuberische Forderungen“ vorgelegt hätten. Dies „verstoße gegen den Geist“ des Gipfels zwischen Donald Trump und Kim Jong-un im Juni. Pjöngjang bezeichnet die neuen Gespräche mit den USA als „sehr besorgniserregend“ und weist darauf hin, dass sie zu einer „gefährlichen Phase“ führen. Dies könnte die „früher entschlossene Haltung“ Nordkoreas, sein Nuklearprogramm einzustellen, ändern. Die US-Position in den Verhandlungen über die Denuklearisierung sei „äußerst bedauerlich“ für Nordkorea.

Allerdings betont das nordkoreanische Außenministerium auch, dass Trump ein „vollkommen vertrauenswürdiger“ Partner sei.

Am Freitag war US-Außenminister Mike Pompeo zu Gesprächen über die von Nordkorea zugesagte Denuklearisierung in Pjöngjang eingetroffen. Die neue Verhandlungsrunde sollte den beim Singapur-Gipfel zwischen Donald Trump und Kim-Jong-un erzielten Erfolg festigen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32146/89/321468923.jpg>

de.sputniknews.com: „Um Sieg dritter Seite“ zu verhindern: Poroschenko ruft Polen zu Freundschaft auf.

Der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko hat Warschau vorgeschlagen, freundschaftliche Beziehungen zu Kiew beizubehalten. Ansonsten wird ihm zufolge eine „dritte Seite“ gewinnen. Das schreibt die Agentur UNIAN.

Wie Poroschenko am Sonntag bei seinem Polen-Besuch sagte, sollten die Ukraine und Polen befreundet sein, damit keine dritte Seite gewinnen kann, die nur darauf wartet.

Dabei präzisierte Poroschenko nicht, welches Land er damit meint. Später schrieb er aber auf Facebook, dass die strategische Partnerschaft zwischen der Ukraine und Polen als Antwort auf die „Politik des Kremls“ dienen könne.

Poroschenko versucht nicht zum ersten Mal, die Spannungen in den polnisch-ukrainischen Beziehungen mit Moskau in Zusammenhang zu bringen. So hatte er im Dezember 2017 erklärt, bei den historischen Konfliktsituationen zwischen Kiew und Warschau gewinne nur eine Seite - Moskau. Aus diesem Grund sollten sie vermieden werden.

Indes präzisiert Poroschenko nicht, von welchem „Gewinn“ die Rede ist; er ruft Warschau aber auf, nach einem Ausweg aus der entstandenen Situation zu suchen.

In letzter Zeit sind die Beziehungen zwischen Kiew und Warschau wegen Unstimmigkeiten in historischen Fragen angespannt. Nach der Version der polnischen Seite wurden in den Jahren 1943 bis 1945 von Anhängern der Ukrainischen Aufständischen Armee (OUN-UPA)

Massenmorde an der polnischen Bevölkerung in Wolhynien verübt. Polen spricht von einem Genozid und verurteilt deshalb die Heroisierung der Organisation Ukrainischer Nationalisten durch Kiew.

Die Verbrechen der ukrainischen Nationalisten während dieser Zeit werden als ethnische Säuberungen gewertet. Dabei wurden fast 100.000 Polen ermordet.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32146/92/321469222.jpg>

de.sputniknews.com: USA werden nie ihre Militärpräsenz in Ukraine ausbauen – Experte
Es wird niemals dazu kommen, dass die USA in der Ukraine ein Raketenabwehrsystem stationieren, erklärte der Chefredakteur der Zeitung „Nationale Verteidigung“, Igor Korotschenko, am Sonntag.

Grund dafür: Die politisch-militärischen Führungskräfte der USA seien sich bewusst, dass diese Entscheidung eine groß angelegte Konfrontation mit Russland provozieren könnte. Der Direktor der Kiewer Denkfabrik CACDS (Center for Army, Conversion and Disarmament Studies), Valentin Badrak, hatte zuvor in einem Interview für die Zeitung Apostrophe.ua erwähnt, dass die Ukraine eine „Superstrategie“ für den Beitritt zur Nato entwickelt hätte.

„Die Superstrategie sieht beispielsweise die Stationierung eines US-Raketenabwehrstützpunktes auf dem Territorium der Ukraine vor, damit man hier mehrere Divisionen des Flugabwehrsystems Patriot stationieren kann. Das Ziel ist, hier Nato-Einheiten einzusetzen. Und dann kann man der Nato beitreten“, so Badrak.

Korotschenko bezeichnete diese Aussage als „sehr unverantwortlich“ und betonte, dass Trump als Realist niemals die Entscheidung treffen würde, ein US-amerikanisches Raketenabwehrsystem in der Ukraine zu stationieren.

„Zum einen ist die Ukraine ein instabiles Land, das sich in einem Bürgerkrieg befindet. Zum zweiten wird Russland dies nicht zulassen. Dieser Schritt wäre katastrophal, nicht nur für die Ukraine selbst, sondern für die USA und ihre Sicherheit (...)“, sagte der Militärexperte.

Russland werde seinerseits alles in seiner Macht stehende tun, um zu verhindern, dass diese Stützpunkte in der Ukraine entstehen, fuhr er fort.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32119/28/321192888.jpg>

Vormittags:

mil-lnr.info: Operativer Bericht der Volksmiliz der LVR vom 8. auf den 9. Juli:
Es wurde kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Dan-news.info: „Gestern gegen 19:00 Uhr haben ukrainische Truppen **Dokutschajewsk** beschossen, dabei wurde die Verglasung einer Wohnung in einem fünfstöckigen Wohnhaus in der Watutin-Straße beschädigt“, teilte die Stadtverwaltung von Dokutschajewsk mit. Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen. Eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung ist vor Ort um die Angaben zu bestätigen.

de.sputniknews.com: Russische Botschaft gibt CIA einen kartographischen Rat.

Die russische Botschaft in den Vereinigten Staaten hat dem US-Nachrichtendienst CIA via Twitter empfohlen, die Karte Russlands und seine Informationen über das Land zu aktualisieren.

Der Tweet der Botschaft kam als Reaktion auf die Glückwünsche, die der Geheimdienst den Teilnehmern der Viertelfinalrunde der WM-2018 ausgesprochen hatte.

Vor dem Spiel Russland-Kroatien veröffentlichte die CIA anlässlich der Veranstaltung eine Fakten-Sammlung über Russland aus dem sogenannten „World Fact Book der CIA“. Darunter war eine Karte, auf der die Schwarzmeer-Halbinsel Krim nicht als Teil Russlands abgebildet war.

„Die Glückwünsche sind entgegengenommen, CIA. Bitte aktualisieren Sie Ihre Karte von Russland und die Statistiken“, schrieben die Diplomaten.

Dem fügten sie eine Karte der Russischen Föderation mit der Krim bei. Außerdem wurden neuere Daten zur Bevölkerungszahl und Fläche gegeben.

Die Halbinsel Krim und die Stadt Sewastopol hatten sich im März 2014 mit Russland wiedervereinigt, nachdem die Krim-Bewohner per Referendum den gewaltsamen Machtwechsel im Februar 2014 in Kiew als illegal abgelehnt und für den Beitritt zu Russland mit 96,77 Prozent bzw. 95,6 Prozent gestimmt hatten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30201/81/302018128.jpg>

Dnr-online.ru: In Folge des Treffers eines explosiven Objekts brannte in **Wesjoloje im Jasinowataja-Bezirk** ein privates Haus in der Sadowaja-Straße 110 vollständig ab, teilt der Pressedienst der Stadtverwaltung von Jasinowataja mit.

Nach Mitteilung von Augenzeugen erfolgte der Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte um 1:00 Uhr nachts. Das Ausmaß des Schadens wird noch festgestellt, Opfer gibt es nicht.

Dan-news.info: „Im Vodafone-Netz gibt es wieder eine Störung. Seit 9:00 Uhr gibt es weder in der DVR noch in der LVR eine Verbindung. Der Schaden liegt vermutlich im Gebiet des von der Ukraine kontrollierten Lisitschansk“, teilte der Pressedienst des Kommunikationsministeriums der DVR mit.

Die Einzelheiten des Geschehens werden derzeit ermittelt.

Ukrinform.ua: Ukraine-EU-Gipfel: Abkommen von Minsk und Reformen im Fokus. Am Montag, dem 9. Juli, findet der 20. Gipfel Ukraine-EU in Brüssel statt.

Bei dem Gipfeltreffen werden die Seiten die Implementierung der Abkommen über die Assoziation, die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und die Unterstützung des Staates unter den Bedingungen der russischen Aggression erörtern, teilt der Ukrinform-Korrespondent in Brüssel mit.

Bei dem Treffen wird Präsident Petro Poroschenko die ukrainische Delegation leiten. Die EU werden der Ratspräsident Donald Tusk, der Kommissionschef Jean-Claude Juncker, die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini, die Vizepräsidenten der EU-Kommission Valdis Dombrovskis und Maroš Šefčovič sowie die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström vertreten.

Unter den Prioritäten der Beziehungen Ukraine-EU für das Jahr 2018 wird es sich bei dem Gipfel um Reformen der Dezentralisierung, der staatlichen Verwaltung, um den Kampf gegen die Korruption, die Rechtsstaatlichkeit, die wirtschaftliche Entwicklung und das Energiewesen handeln.

Hinsichtlich der russischen Aggression wird der Gipfel erneut die Unterstützung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine seitens der EU sowie die Nichtanerkennung der Annexion der Krim durch Russland bestätigen.

Auf dem Gipfel wird das Abkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Investitionsbank über die Bereitstellung eines Kredits in Höhe von 75 Millionen Euro für das Projekt zur Erhöhung der Sicherheit der ukrainischen Straßen unterschrieben.

Die EU-Spitzen werden außerdem die Russische Föderation aufrufen, alle ukrainischen politischen Häftlinge, einschließlich des Ukrinform-Korrespondenten Roman Suschtschenko freizulassen sowie die Verantwortung für die abgeschossene Boeing Flug MH17 zu übernehmen.

In Ergebnis des Gipfels wollen die Seiten eine gemeinsame Erklärung unterzeichnen.

Wpered.su: In Brüssel fanden Proteste gegen den Eintritt der Ukraine in die NATO statt. Am 7. Juli fand in Brüssel eine Antikriegsdemonstration unter dem Motto „Macht den Frieden wieder groß“ und am 8. Juli ein Gegengipfel „Nein zum Krieg, nein zur NATO“ statt. Beide Veranstaltungen richteten sich gegen den Besuch des US-Präsidenten Donald Trump auf dem NATO-Gipfel, der am 11. bis 12. Juli stattfinden wird, teilt ein Korrespondent der Seite „Wperjod“ mit.

„An dem Marsch nahmen mehr als 5000 Menschen teil. Es handelte sich um Vertreter gesellschaftlicher Antikriegsorganisationen aus ganz Europa. Unsere „Internationale Plattform“ ging in der allgemeinen Kolonne mit. Die Position der Protestierenden ist „Keine NATO-Ausweitung“. „Stopp der Aggressionspolitik“, „Frieden auf dem Planeten Erde“. Wir hoffen, dass wir die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Situation in der Ukraine lenken konnten“, berichtete der Menschenrechtsaktivist und gesellschaftliche Aktivist Oleg Musyka.

Im Zusammenhang damit, dass der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko an dem bevorstehenden NATO-Gipfel teilnehmen wird, traten die Demonstranten auch gegen die Aufnahme der Ukraine in die Allianz auf. Während der Kundgebung hielten sie ein Transparent mit der Aufschrift „Ukraine + NATO = 3. Weltkrieg“.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/07/received_660062091008398-768x576.jpeg

Nachmittags:

de.sputniknews.com: AKW-Pfusch: Ukraine hat tickende Zeitbomben, um Russland und Europa zu erpressen.

Irina Alksnis

Die Nachricht, dass der ukrainische Sicherheitsdienst (SBU) eine mögliche Umweltkatastrophe am AKW „Juschnoukrainskaja“ verhindert hätte, ist im Grunde die

Quintessenz der Prozesse im südwestlichen Grenzraum Russlands.

Besonders pikant ist die Situation angesichts der Frage: Wer hat eigentlich einen schlechteren Ruf – der SBU oder die ukrainische Atomenergie?

Einerseits hat der SBU in den vergangenen Jahren in der Welt das Image einer Bestrafungsorganisation und einer „Fake-News-Fabrik“. Und man muss feststellen, dass diese Kombination tatsächlich ukrainisches „Know-how“ mit einem Alleinstellungsmerkmal ist. In der Geschichte jedes Geheimdienstes der Welt gibt es Kapitel, auf die er alles andere als stolz sein kann. Aber „Übertreibungen“ (wie „Hexenjagd“, Repressalien usw.) werden normalerweise dadurch ausgeglichen, dass die Sicherheitskräfte im Allgemeinen für die nationalen Interessen des Landes stehen und dass ihre Mitarbeiter eine sehr wichtige und nötige Sache tun – und dabei oft ihr Leben riskieren.

Doch der SBU wurde in den vergangenen Jahren schon so häufig verschiedener Lügen überführt (Höhepunkt war die „Fake-Nachricht“ über den Mord am russischen Reporter Arkadi Babtschenko in Kiew), dass selbst solche Nachrichten über den ukrainischen Geheimdienst, die relativ frei vom politischen Aspekt sind (der „Fall Babtschenko“ passt gut als Beispiel), vor allem Misstrauen hervorrufen.

Andererseits muss man feststellen, dass die jüngsten Informationen, die der SBU mitteilte, dem total negativen Image der ukrainischen Atomenergie voll und ganz entsprechen. Denn die ukrainischen Kernkraftwerke verkörpern im Grunde eine große Gefahr (sowohl für die Ukraine selbst als auch für ihre Nachbarländer).

Der Zerfall der ukrainischen Atomenergiewirtschaft ist dermaßen tiefgreifend, dass er selbst für einfache Menschen offensichtlich ist. Permanente Ausfälle von Energieblöcken, die als planmäßige Abschaltungen dargestellt werden, gefährliche Experimente mit US-amerikanischen Brennelementen, der immense Personalverlust – das sind die Top-Themen in Bezug auf die ukrainische Atomenergiewirtschaft.

Wenn man zudem die „Besonderheiten“ bei der Korruption in der Ukraine bedenkt, dann stellen sich zahlreiche weitere Fragen: Wurde das AKW tatsächlich mit gefälschten Anlagen illegal versorgt? Oder hat vielleicht der SBU wieder Fakten gefälscht, indem er eigene Ziele verfolgte? Oder war das nur ein Konflikt zwischen verschiedenen „Wirtschaftssubjekten“, die das AKW beanspruchen, wobei die Geheimdienstler eine der Konfliktseiten unterstützen? Man kann nur vermuten, was in Wirklichkeit passiert ist – und nur die Hoffnung auf die weitere Entwicklung der Situation gibt die Chance, dass die Öffentlichkeit die Wahrheit über diesen Zwischenfall erfährt.

Aber das ist im Grunde nicht besonders wichtig – diese Geschichte erweckte eigentlich nur dadurch Aufsehen, weil es darin um ein Kernkraftwerk geht.

Das ist wohl der wichtigste Grund, warum der aktuelle zivilisatorische Verfall der Ukraine ohnehin von der Weltgemeinschaft genau verfolgt wird. Dass die Ukraine, die einst ein entwickeltes Industrieland war, jetzt ihre Kompetenzen auf High-Tech-Gebieten verliert, kann große Gefahren zur Folge haben – und die Atomenergie ist sicherlich eines dieser Gebiete. Dass die Ukraine sich aus solchen Bereichen wie Flugzeug-, Automobil- oder Schiffbau usw. verabschiedet, ist für ihre Konkurrenz von Vorteil. Aber die „Optimierung“ und „Experimente“, wenn es um Kernkraftwerke und den Weggang von hochqualifizierten Fachkräften aus dieser Branche geht, die die damit verbundenen Risiken verstehen – dann hat man allen Grund, besorgt zu sein.

In diesem Sinne ist es der Ukraine gelungen, sowohl Europa als auch Russland zu überraschen, die jetzt mit Angst und Bange beobachten müssen, wie ihr Nachbarland rasant verfällt. Da aber niemand solche Prognosen für ein Industrieland mit einer gut ausgebildeten Bevölkerung ernstgenommen hat, ist auch niemand auf die Idee gekommen, den von der ukrainischen „friedlichen Atomenergie“ ausgehenden Gefahren vorzubeugen.

Am Ende kann man nur noch darauf hoffen, dass die ukrainischen Behörden und Atomenergie-Fachkräfte doch nicht zulassen, dass sich eine neue „Tschernobyl“-Katastrophe

ereignet, und auch darauf, dass diese Frage von zuverlässigeren Spezialdiensten als dem SBU kontrolliert wird.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32147/38/321473815.jpg>

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 08. Juli 3:00 Uhr bis 09. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Wesjoloje, Dokutschajewsk.**

Gestern brannte in Folge eines direkten Treffers eines Brandgeschosses ein Haus in Wesjoloje, Sadowoaja-Straße 110 vollständig ab.

Außerdem wurde die Verglasung einer Wohnung in einem mehrstöckigen Wohnhaus in Dokutschajewsk in der Watutin-Straße 1/80, Wohnung 20 beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bis jetzt nicht festgestellt.

(Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug ... (nur Schusswaffen, die werden hier nicht mitgezählt, deshalb fehlt dieser Abschnitt; Anm. d. Übers.)

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 92.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Wegen Russland: London verstärkt britische Militärpräsenz im Nordatlantik.

Großbritanniens Streitkräfte werden ihre Präsenz im Nordatlantik im Rahmen der Eindämmung der „wachsenden russischen Bedrohung“ verstärken, teilte der Erste Seelord der Royal Navy, Philip Jones, am Montag mit.

London habe zehn Jahre lang den „Wiederaufbau des Potenzials und der Größe“ der russischen Flotte nicht bemerkt und nun müsse es darauf reagieren, sagte Jones in einem Interview gegenüber dem TV-Sender Sky News.

Dem Chef der Royal Navy zufolge wird eine neue gemeinsame Operationszone im Nordatlantik aufgebaut, und die Region selbst wird für die Regierung Großbritanniens eine

Priorität sein.

Der Schutz der wichtigsten Linien der Unterwasserkommunikation werde auch eine der Hauptaufgaben der britischen Flotte sein. Ungefähr 97 Prozent des weltweiten Verkehrs, einschließlich Finanztransaktionen, würden über Glasfaserkabel in großer Tiefe übertragen. Und gerade diese Kabel seien für Russland von Interesse, so Jones weiter.

Ende Juni hatte eine britische Fregatte des Typs 23 Montrose die zwei russischen Korvetten „Bojki“ und „Stojki“ des Projekts 20380 verfolgt, die in der Nordsee und unweit des Ärmelkanals manövrierten. Dies teilte die Royal Navy auf ihrer offiziellen Webseite mit.

Die britische Marine musste im Jahre 2017 wesentlich häufiger auf die russischen Kampfschiffe reagieren. Laut dem britischen Verteidigungsminister, Gavin Williamson, stieg die Aktivität russischer U-Boote in Nordatlantik damals um das Zehnfache. 2017 reagierte die britische Marine 33 Mal auf die Annäherung russischer Kampfschiffe an die britischen Territorialgewässer.

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Koordination der Volksmiliz der DVR zur Lage am 9. Juli 2018:

Die Lage in der Nähe der Kontaktlinie ist weiterhin durch unsere Truppen kontrollierbar.

In **Richtung Donezk** haben die ukrainischen Terroristen der 93. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers W. Klotschkow mit Schusswaffen **Dokutschajewsk** beschossen und die Kämpfer der 56. Brigade unter Leitung ihres Anführers I. Iwanow haben mit Schusswaffen, darunter auch mit großkalibrigen, **Wesjoloje** beschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **zwei Fälle der Verletzung des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

In Folge eines Treffers eines Brandgeschosses brannte ein Wohnhaus in Wesjoloje, Sadowaja-Straße 110 ab. Außerdem wurde ein Haus in Dokutschajewsk, Watutin-Straße 1/80 beschädigt.

Trotz des Inkrafttretens des „Brotwaffenstillstands“ stellen wir weiter Fälle von Genozid an der Zivilbevölkerung, die auf dem von der Republik kontrollierten Territorium lebt, fest. Das Kommando der 36. Marineinfanteriebrigade hat in kraftlosem Zorn aufgrund der Tatsache, dass die Einheiten der Volksmiliz der DVR ihnen in Kampffähigkeit und Motivation überlegen sind, eine **neue, unmenschliche Taktik zur Durchführung von Diversionsaktionen** gewählt. So haben am 7. Juli im Nowoasowskij-Bezirk Einheiten der Brigade einen Mörserbeschuss auf Weizenäcker durchgeführt. Bei der Ermittlung wurde festgestellt, dass der Gegner zielgerichtet Brandgeschosse verwendet hat, um die Aussaaten zu vernichten. Der aufgekommene Brand konnte gelöscht werden, aber in Folge der Diversion wurden **120 Hektar Weizen vollständig vernichtet**.

Der Stab der Operation der Besatzungskräfte seinerseits desinformiert weiter die Bevölkerung und seine Kiewer Führung bezüglich der Verletzung des „Brotwaffenstillstands“ und der Zunahme der Beschießungen, die angeblich von Seiten der Volksrepubliken erfolgt. Durch diese verlogenen Erklärungen versucht das Kommando der Operation der Verantwortung für die täglichen nicht kampfbedingten Verluste unter dem Personal und der Überfüllung der Militärhospitäler während des Waffenstillstands zu entgehen.

Die Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte bestätigen auch viele ukrainische Freiwillige, die stolz Videos von Beschießungen auf ihren Seiten in den sozialen Netzwerken einstellen, ohne zu ahnen, dass sie dem ukrainischen Militärkommando einen „Bärendienst“ erweisen und so den Stab der Operation der Besatzungskräfte der Verbreitung von Falschinformationen über die Einhaltung des Waffenstillstands von ihrer Seite beschuldigen.

Im Zusammenhang mit den anhaltenden **Lieferungen von Waffen und Technik sowjetischer Herkunft aus Ländern Europas** bemerkt der Sicherheitsdienst der Ukraine eine Zunahme der Fälle von ungesetzlicher Bereicherung von Amtspersonen aus dem

Verteidigungsministerium und der Nationalgarde der Ukraine. Zu diesen Fällen hat die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Ukraine bereits einige Strafverfahren aufgenommen, und am 5. Juli hat der Leiter des Dienstes zur Organisation der Reparatur von Panzerwaffen und -technik der Hauptkoordination der Nationalgarde der Ukraine Oberst Pjatigorez Selbstmord begangen, weil er die Schande und den Druck von Seiten der Mitarbeiter des SBU nicht mehr aushielt.

de.sputniknews.com: Vilnius: Nato-Luftwaffe begleitete in einer Woche zweimal russische Kampffjets.

Jagdflugzeuge der Nato-Luftstreitkräfte, die im Baltikum Luftpolizei-Aufgaben erfüllen, sind in der letzten Woche zweimal in den Himmel über der Ostsee aufgestiegen, um russische Flugzeuge zu begleiten. Das berichtete der Pressedienst des litauischen Verteidigungsministeriums am Montag.

„Vom 2. bis 8. Juli sind Nato-Kampffjets, die in den baltischen Ländern eine Luftpolizei-Mission erfüllen, zweimal in die Luft über der Ostsee aufgestiegen, um russische Militärflugzeuge zu begleiten“, heißt es in der Meldung.

Seit Mai sind zehn Jagdflugzeuge Portugals und Spaniens bei der Erfüllung der Mission der Nato-Luftpolizei vom litauischen Staatsgebiet aus eingesetzt.

Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium mehrmals erklärt, dass alle Flüge der russischen Luftwaffe in strikter Übereinstimmung mit den internationalen Regeln zur Nutzung des Luftraumes über neutralen Gewässern erfolgten, ohne dabei die Grenzen anderer Staaten zu verletzen.

Die baltischen Länder verfügen über keine für Luftpatrouillen taugliche Flugzeuge. Deshalb wird ihr Luftraum seit April 2004 (nach dem Nato-Beitritt) rotationsmäßig von Flugzeugen der Länder der Allianz geschützt, die in Litauen auf dem fünf Kilometer von Šiauliai entfernt liegenden Flugplatz Zokniai und auf der Luftbasis Ämari stationiert sind. 2012 war diese Mission bei dem Nato-Gipfel in Chicago auf unbestimmte Zeit verlängert worden.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32147/63/321476348.jpg>

de.sputniknews.com: „Heutige Frontlinie“: Dänemark pocht auf Nato-Hauptquartier in Lettland.

Vor dem kommenden Nato-Gipfel in Brüssel wirbt Kopenhagen für die Einrichtung eines Nato-Divisionshauptquartiers in Lettland. Die Maßnahme soll unter anderem als „Signal an Russland“ dienen.

In dem vorgeschlagenen Hauptquartier sollen insgesamt 300 Soldaten stationiert sein, darunter 140 dänische, berichtet „Danish Radio“.

„Das soll ermöglichen, Soldaten in jede beliebige Kriegssituation zu führen. Es muss in Friedenszeiten eingerichtet, aber bei Bedarf im Fall eines Krieges in Betrieb genommen werden, um die Soldaten zu leiten“, zitiert der Rundfunk den dänischen Verteidigungsminister Claus Hjort Frederiksen.

Laut dem Minister fehlen dem nordatlantischen Bündnis momentan Divisionshauptquartiere in Estland und Lettland, während es in Polen bereits eins gebe. Die neuen Hauptsitze müssen ihm zufolge in den nächsten Jahren errichtet werden.

Aus Sicht des Befehlshabers der dänischen Streitkräfte, Bjørn Bisserup, wird Dänemark, obwohl mehrere andere Nato-Staaten die Initiative unterstützen werden, die gesamte Verantwortung für das Projekt schultern müssen.

„Dänemark wird das führende Land bei dem Bau des Hauptquartiers in Lettland sein, welches die Ausbildung der baltischen Truppen fortsetzen wird“, erklärte Bisserup. Das Divisionshauptquartier werde baltische und auch dänische Truppen leiten, sollte dies notwendig sein.

Wie er weiter betonte, stellen die baltischen Staaten die „heutige Frontlinie“ dar. Ziel der Maßnahme sei es, ein „klares Signal“ an Russland zu senden, dass das Baltikum völligen Schutz der Nato genieße.

In den letzten Jahren hat die Nato ihre Kräfte in den baltischen Staaten und in Polen aufgestockt und dabei „Russlands Aggression“ als Vorwand genutzt.

Der dänische Verteidigungsminister geht jedoch davon aus, dass Dänemarks Vorschläge beim kommenden Nato-Gipfel den US-Präsidenten Donald Trump wohl kaum beschwichtigen werden. Trump hatte vor Kurzem heftig gegen Kopenhagen ausgeteilt, weil es seine Verteidigungsausgaben nicht auf das Nato-Ziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts hochfahren habe.

„Ich glaube, das US-Militär ist im Großen und Ganzen damit zufrieden, was Dänemark leistet. Doch zugleich gibt es das Oberhaupt des Weißen Hauses, das sich wahrscheinlich auf die zwei Prozent konzentrieren wird“, so Frederiksen.

Dänemark gibt derzeit laut dem Radiosender 1,3 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung aus.

Der Nato-Gipfel findet am kommenden Mittwoch und Donnerstag in Brüssel statt.

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine Tendenz zur Stabilisierung.

In den letzten 24 Stunden wurden **kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte** festgestellt.

Trotz einer gewissen Tendenz zur Stabilisierung der Lage transportiert das ukrainische Kommando weiterhin Waffen und Technik in die Zone der Strafoperation und unternimmt ein Maximum an Anstrengungen, um diese Handlungen gegenüber den OSZE-Beobachtern zu verheimlichen.

So wurde die Stationierung einer mobilen Feuergruppe aus dem 1129.

Abwehrregiment der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Loskutowka bemerkt, die die Aufgabe hat, einen Kommandopunkt der 17. Panzerbrigade sowie Technik, die an der gesamten Kontaktlinie in Richtung Popasnaja stationiert ist, gegen OSZE-Drohnen zu decken. Der Stationierungsort der Feuergruppe gewährleistet die Kontrolle des Luftraums in dieser Richtung.

Wir rufen die Vertreter der OSZE-Mission auf, die Beobachtung der Örtlichkeit zu aktivieren, um verbotene Waffen der ukrainischen Streitkräfte festzustellen und im Fall ihrer Entdeckung ihren Abzug auf den festgelegten Abstand zu erreichen.

Im Zusammenhang mit der ungeordneten Verminung der Territorien an der Kontaktlinie und

den sich häufenden Fällen, dass Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf eigene Minensperren geraten, ist im Gebiet von Nowoluganskoje im Verantwortungsbereich des 3. Bataillons der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eine technische Gruppe eingetroffen. Diese Aufgabe der Techniker ist es, die Schemata der Minenfelder und für die Verminung weiterer Territorien zu erstellen. Außer dem Tod von ukrainischen Soldaten an Minensperren sterben auch zivile Einwohner. Deshalb ist es im Zusammenhang mit der Arbeit ukrainischer Techniker, die die Örtlichkeit verminen, in der nächsten Zeit nicht ausgeschlossen, dass es Opfer unter den Einwohnern der in Nähe liegenden Ortschaften geben wird.

Die ukrainische Regierung führt weiter aktiv einen Informationskrieg gegen die Volksrepubliken.

Nach Informationen unserer Aufklärung ist am 7. Juni im Gebiet von Luganskoje im Verantwortungsbereich des 1. Bataillons der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte die Ankunft und Arbeit einer Gruppe von Korrespondenten des Fernsehsenders „ICTV“ bemerkt worden, die über die Lage in der Zone der Operation zum Genozid an der Bevölkerung des Donbass berichtet. Die Gruppe erstellt nicht nur Materialien, die die Volksmiliz diskreditieren, sondern versucht auch unsere Positionen auf Video festzuhalten. Gleichzeitig mit dieser Gruppe sind im Gebiet der Strafoperation im Gebiet von Mironowskij Korrespondenten polnischer Massenmedien eingetroffen, um über die Situation in dem Gebiet der Strafoperation zu berichten.

Die Erklärung der ukrainischen Seite über vermeintliche Erfolge, die angeblich mit dem Vordringen der Kiewer Truppen in die „Graue Zone“ verbunden sind, werden immer öfter kritisiert und dementiert, dabei werden solche Erklärungen sowohl von ukrainischen Kommandeuren als auch von Vertretern internationaler Beobachterorganisationen dementiert. Ende letzter Woche hat der stellvertretende Leiter der OSZE-Mission in der Ukraine Alexander Hug bei einer Pressekonferenz erklärt, dass „in diesem Jahr die OSZE-Mission nicht festgestellt hat, dass die Ortschaft Solotoje-4, über deren Einnahme der Stab der OOS triumphierend berichtet hat, sich unter Kontrolle der bewaffneten Formationen befand“. Mit anderen Worten – Solotoje-4 haben die Soldaten der Volksmiliz nie kontrolliert und sie haben sich in dieser Ortschaft nicht befunden. Ich schlage auch vor, die Aufmerksamkeit auf den Nachrichtenblock des führenden ukrainischen Fernsehsender 112.ua vom 20. März 2015 zu richten, in dem klar mitgeteilt wird, dass Solotoje-1,2,3 und 4 von der ukrainischen Regierung kontrolliert werden und Solotoje-5 von den sogenannten „Kämpfern“.

Solche Erklärungen der internationalen Beobachter zerstören die ganze Strategie des Kommandos der „OOS“, die Weltöffentlichkeit in die Irre zu führen und sich vorgebliche Siege zu eigen zu machen.

Zum Abschluss will ich hinzufügen, dass die strenge Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung, des sogenannten „Erntewaffenstillstands“ ein unabdingbarer Teil des Maßnahmekomplexes zur Gewährleistung der Verteidigung und Sicherheit der Volksrepublik ist. Unsere Bestrebung zu einer friedlichen Regelung des Konflikts sind unverändert. Die Einheiten der Volksmiliz eröffnen das Feuer nicht, aber sie tun wachsam Dienst. Dabei beobachten wir ständig die Handlungen des Gegners. Im Fall einer Gefahr oder einer Provokation von Seiten der ukrainischen Truppen sind wir bereit, adäquat das Feuer mit von den Minsker Vereinbarungen erlaubten Waffen zu eröffnen und die Aggression des Gegners zu unterdrücken.

de.sputniknews.com: Aus finanziellen Gründen: Ukraine sagt Teilnahme am Junior Eurovision Song Contest ab.

Zweimal war die Ukraine schon Gastgeberin des internationalen Musikwettbewerbs für Jugendliche. Dieses Jahr jedoch bleibe man dem Wettbewerb fern, lautet eine Mitteilung des nationalen Fernseh- und Rundfunkunternehmens.

Aufgrund eines zu kleinen Jahresbudgets der nationalen öffentlichen Rundfunkanstalt

„UA:Suspilne mowlennja“ schickt die Ukraine zum ersten Mal seit zwölf Jahren keinen Kandidaten zum Junior Eurovision Song Contest: „Die Teilnahme (...) ist mit erheblichen Kosten für die Auswahl und den obligatorischen Beitrag an die Veranstalter der European Broadcasting Union verbunden. In diesem Jahr besteht keine finanzielle Möglichkeit, die Beiträge zu bezahlen.“

776 Millionen Hrywna betrage das Budget des nationalen Fernseh- und Rundfunkunternehmens im Jahre 2018, umgerechnet rund 25 Millionen Euro. Das decke nicht einmal die laufenden Betriebskosten.

Letztes Jahr gewann in Georgien die russische Sängerin Polina Bogussewitsch mit ihrem Lied „Flügel“ den Junior ESC. Die ukrainische Teilnehmerin Anastasiya Baginska belegte den siebten Platz.

Im kommenden November lädt die Stadt Minsk als Gastgeberin zum 16. Junior ESC ein, dem neben der Ukraine auch Zypern fernbleiben wird. Frankreich hingegen wird das erste Mal seit 2004 wieder einen Kandidaten aufstellen.

Dnr-online.ru: Wie das Kommunikationsministerium der DVR mitteilt, sind die Arbeiten zur Wiederinbetriebnahme des Netzes des ukrainischen Mobilfunkoperators Vodafone abgeschlossen. Bald wird das Netz des Operators in der DVR und der LVR wieder funktionieren.

de.sputniknews.com: Senzow gegen Wyschinski? Poroschenko kommentiert möglichen Austausch.

Der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko hat am Montag vor Beginn der Gespräche mit der EU-Führung in Brüssel Perspektiven eines möglichen Austausches des in Russland wegen Terrorismus verurteilten Regisseurs Oleg Senzow gegen den in Kiew festgenommenen Chefredakteur des Nachrichtenportals RIA Novosti Ukraina, Kirill Wyschinski, eingeschätzt. „Wir tun alles Mögliche“, sagte Poroschenko in Beantwortung einer entsprechenden Journalistenfrage.

Zuvor am Montag war Poroschenko zu Verhandlungen mit der EU-Führung in Brüssel eingetroffen.

Früher hatte die Sprecherin des ukrainischen Außenministeriums, Marjana Beza, gesagt, Kiew sei bereit, alle Optionen für die Freilassung des wegen Vorbereitung von Terroranschlägen in Russland festgenommenen Oleg Senzow zu erörtern, darunter auch seinen möglichen Austausch gegen Wyschinski.

Zugleich hatte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärt, dass niemand einen möglichen Austausch von Wyschinski initiiert habe.

Der ukrainische Geheimdienst SBU hatte am 15. Mai Kirill Wyschinski vor seiner Wohnung in Kiew festgenommen und noch in der Nacht nach Cherson gebracht. Dem Journalisten werden Landesverrat und Unterstützung für die selbsterklärten Republiken der Donbass-Region zur Last gelegt. Bei einer Verurteilung drohen Wyschinski bis zu 15 Jahre Haft. Der Kreml hat die Handlungen der Ukraine entschieden verurteilt und Antwortmaßnahmen versprochen. Moskau richtete eine Protestnote mit der Forderung an Kiew, die Gewalt gegen Medienvertreter zu stoppen.

Am 11. Mai 2014 wurde Oleg Senzow wegen des Verdachts der Planung terroristischer Handlungen verhaftet und nach Moskau überstellt. Ihm wurde vorgeworfen, Terroranschläge auf Brücken, Stromleitungen und öffentliche Denkmäler vorbereitet zu haben. Zum anderen wurde ihm eine Mitgliedschaft in der in Russland verbotenen ukrainischen extremistischen Gruppe „Prawyj Sektor“ (dt. „Rechter Sektor“) unterstellt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32147/97/321479714.jpg>

Abends:

[ukrinform.ua](#): Poroschenko ruft zur Verschärfung der Sanktionen gegen Russland wegen Kertsch-Brücke auf.

Der ukrainische Staatspräsident Petro Poroschenko hat auf der mit dem Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk und dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, gemeinsamen Pressekonferenz in Brüssel aufgefordert, Sanktionen gegen die Russische Föderation wegen der Kertsch-Brücke zu verschärfen, berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus Brüssel.

„Ich will die Hauptstadt der Europäischen Union aufrufen, den Druck auf die Russische Föderation fortzusetzen, bis ihr Verhalten geändert wird... Wir verurteilen den Bau der Kertsch-Brücke für den Schutz des Schwarzen Meeres und anderer Meere. Wir sind entschlossen, unseren Druck zu erhöhen und Sanktionen gegen Russland zu verschärfen“, sagte Poroschenko.

[de.sputniknews.com](#): Washington wird Ukraine beim Treffen Trump-Putin nicht verraten – Agentur

Die USA haben der Ukraine versichert, dass Präsident Donald Trump die Interessen Kiews beim bevorstehenden Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin nicht verraten wird. Das meldete die Agentur Reuters am Montag unter Berufung auf Quellen in den diplomatischen Kreisen der Ukraine.

„Uns wurde klipp und klar versichert, dass die Interessen der Ukraine mit berücksichtigt und gewahrt werden“, zitierte Reuters einen Diplomaten, der anonym bleiben wollte. Für Politiker in Kiew komme es darauf an, dass hinter ihrem Rücken keine unangenehmen Überraschungen passierten.

In der Konfrontation mit Moskau rechnet Kiew mit der diplomatischen und finanziellen Unterstützung durch Washington. Die Ukraine hofft unter anderem darauf, dass Trump Putin dazu bewegen würde, die Unterstützung für die selbst ernannten Republiken Donezk und Lugansk abzubauen und die Position Moskaus hinsichtlich der Stationierung einer UN-Friedensmission im Donbass zu mildern.

Im Juni hatte der ukrainische Parlamentspräsident Andrej Parubij erklärt, dass die USA ihre Position zur Lage in der Ukraine nach dem Treffen zwischen Trump und Putin nicht ändern und den Druck auf Russland verstärken werden.

„Die Ukraine wird vom US-Kongress und vom Weißen Haus einmütig unterstützt.“

Möglicherweise wird Putin ein ernsthaftes Signal der Stärke erhalten, dass er seine Truppen von der Ukraine, aber auch von Moldau und Georgien abzieht“, hatte Parubij gesagt. Trump und Putin treffen sich am 16. Juli in der finnischen Hauptstadt Helsinki. Auf der Agenda stehen Perspektiven der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen Moskau und Washington sowie aktuelle internationale Probleme wie Syrien oder Ukraine. Zuletzt waren die beiden Staatschefs am Rande eines G20-Gipfels in Hamburg und beim APEC-Gipfel in Vietnam zusammengetroffen.